

OGL-Stellungnahme zum Nachtragshaushalt 2023

Dass dieser Nachtragshaushalt erforderlich ist, ist unstrittig. Auf der Seite der Erträge reißt das Ausbleiben einer fairen Beteiligung unserer Nachbargemeinden ein tiefes Loch. Gleichzeitig gilt es, auf der Seite der Aufwendungen dem wachsenden Finanzbedarf bei wichtigen Pflichtaufgaben wie der Kinderbetreuung und der Anschlussunterbringung von Flüchtlingen gerecht zu werden.

Erlauben Sie mir ein paar Bemerkungen zu der Tatsache, dass wir von unseren Nachbargemeinden jetzt gerade einmal 5 Millionen Euro in Form einer Beteiligung ausschließlich an den Kosten für den Erweiterungsbau bekommen werden. Der Druck, dem Einigungsvorschlag von Landrat Heinz Eininger zuzustimmen, war hoch. Auch wenn ich persönlich in der Hoffnung auf einen für Plochingen günstigeren Vergleichsvorschlag eines Verwaltungsgerichts dagegen gestimmt habe, kann ich die Argumente der Mehrheit dieses Gemeinderats auch nachvollziehen: der nachbarliche Friede sollte wiederhergestellt und eine zeitliche Verzögerung der Beteiligung vermieden werden.

Alle Fraktionen bemühen sich zur Zeit, über das Land noch etwas für Plochingen zu erreichen. Die CDU hat – leider zunächst ohne Absprache mit den anderen Fraktionen – eine Petition initiiert. Wir haben vor 10 Tagen in einer Videokonferenz mit dem Vorsitzenden der Grünen Landtagsfraktion, Andreas Schwarz, auf die Überforderung unserer Gemeinde aufmerksam gemacht: Nicht geförderte Kosten von bis zu 41 Millionen Euro würden fast den gesamten Erträgen eines Haushaltsjahres entsprechen. Herr Schwarz hat Verständnis für diese besondere Situation signalisiert. Wir hoffen, dass er dieses „Verständnis“ mitnimmt in ein bereits vereinbartes Gespräch mit der Spitze der Plochinger Stadtverwaltung.

Dennoch ist die finanzielle Lage weniger düster als man angesichts des soeben Gesagten meinen könnte. Für das Jahresende erwarten Frau Fetzer und ihr Team immerhin noch liquide Eigenmittel im Umfang von rund 10 Millionen Euro. Das ist bescheiden, wenn man bedenkt, dass zu Beginn des HH-Jahres 2022 noch 34 Millionen Euro an liquiden Eigenmitteln zur Verfügung standen. Es ist aber erfreulich, wenn man einen Blick in den *Rückspiegel* wirft: im Januar 2020 wurden für das Jahresende 2023 liquide Eigenmittel von nur 2.5 Millionen Euro geschätzt – und das *bevor* klar wurde, dass unsere Nachbargemeinden mit einer Beteiligung von 5 Millionen Euro davon kommen würden!

Die finanzielle Lage hat sich also eingetrübt, wurde aber noch wesentlich düsterer prognostiziert. Das zeigt sich auch darin, dass inzwischen in der Vorschau für Ende 2026 kein Minuszeichen mehr steht, während wir noch am 4. Oktober letzten Jahres

mit der Erwartung einer Liquiditätslücke von über 20 Millionen Euro erschreckt wurden.

Ich komme nun zu den Investitionsprojekten der Stadtverwaltung jenseits der immer teureren, aber auch wichtigen Pflichtaufgaben. Herr Buß, Ich kenne eine Gruppe, die in großer Unruhe über ihre Haushaltsrede sein dürfte: die unzähligen Tauben an unserem Busbahnhof. Des einen Leid, des anderen Freud: Wir, die Plochinger OGL, sind glücklich darüber, dass der ZOB jetzt endlich, *endlich* auch auf Ihre Agenda gerückt ist. Für dieses Ziel kämpfen wir inzwischen seit über 5 Jahren. Wer immer noch nicht davon überzeugt sein sollte, dass diese Maßnahme schon längst überfällig ist, möge sich einmal für 10 Minuten an Bussteig 3 stellen, am besten nach Einbruch der Dunkelheit.

Wir haben Ihnen bei Ihrer Haushaltsrede sehr genau zugehört und uns auch gefreut, dass Sie das Thema zusätzlicher Buskurse auf der Linie 141 angesprochen haben. Am Vormittag ist, durch die Kostenübernahme von Seiten des Kreises (für die wir uns an dieser Stelle einmal herzlich bedanken wollen), inzwischen alles soweit paletti. Allerdings fehlen von Montag bis Freitag zum durchgängigen 15-Minuten-Takt noch einige Kurse zwischen 13:30 und 15:30 Uhr und zwischen 19:30 und 21 Uhr. Für den Samstagabend wünschen wir uns einen Halbstundentakt bis Mitternacht, und für den Sonntag einen früheren Betriebsbeginn als 8:32 Uhr. Wir werden das in die Verhandlungen für den Doppelhaushalt 2024/25 einbringen.

Auch der Plan, in diesem Jahr den Bürgerentscheid über ein neues oder saniertes Hallenbad anzugehen, ist absolut richtig. Wir stehen hier gemeinsam mit der Stadtverwaltung bei den Bürger:innen im Wort. Und natürlich macht es Sinn, zunächst zu entscheiden, ob am Burgplatz neben einer Mehrfachsporthalle auch eine Schwimmhalle entstehen soll, und dann erst den städtebaulichen Wettbewerb auszuschreiben.

Angesichts der veränderten finanziellen Lage herrscht Einigkeit darüber, dass wir eine Sanierung des Stadtbads oder ein neues Hallenbad nicht durch Einsparungen an anderer Stelle finanzieren können. Das ist wohl tatsächlich nur über höhere kommunale Steuern und Gebühren möglich. Es kann aber auch nicht sein, dass angesichts der angespannteren finanziellen Lage wichtige Anliegen aus der Bürgerschaft jenseits des Bereichs der Pflichtaufgaben ignoriert werden.

Bei einem Schulzentrum mit knapp 2.000 Schüler:innen ist ein Schwimmbad natürlich wünschenswert. Momentan bleiben von einer Doppelstunde im Wernauer Quadrium netto 40 Minuten im nassen Element. Das kann keine Dauerlösung sein. Doch natürlich müssen wir noch die Kostenschätzung abwarten.

Politik in einer lebendigen Demokratie umfasst neben einem Konsensbereich immer auch den Streit um die besseren Alternativen. Da ist es selbstverständlich, dass wir in einigen Bereichen andere Prioritäten setzen möchten als die Stadtverwaltung.

Unser Bahnhof erstrahlt in neuem Glanz. Die renovierte Eingangshalle ist ein Kleinod. Man könnte sie sich sogar gut als Drehort für einen Film vorstellen. Gleichzeitig sind die Gleise 3, 4, 7 und 8 nach wie vor nicht barrierefrei erreichbar. Auch wir erwarten hier einen Zuschuss des Kreises. Der Plochinger Bahnhof hat eben auch kreisweite Bedeutung als Umsteige-Knotenpunkt. Es kann aber nicht sein, dass Menschen mit eingeschränkter Mobilität, sowie auch Menschen mit Kinderwagen oder Rädern über Jahre oder sogar Jahrzehnte unter dem Streit über die Aufteilung der Kosten zwischen Bahn, Kreis und Gemeinde leiden. Hier müssen wir in Vorlage gehen und gleichzeitig auf die Fairness unserer Kolleg:innen im Kreistag hoffen.

Die Mittel dafür könnten wahlweise aus der Liquiditätsreserve oder durch eine Umwidmung nicht verbrauchter Mittel für den Erwerb von Grundstücken aufgebracht werden.

Zu den Maßnahmen, die aus unserer Sicht ebenfalls *umgehend* realisiert werden müssen, gehört aus unserer Sicht darüber hinaus die Umgestaltung der Zufahrten zum Unteren Schulzentrum zu vorfahrtsberechtigten Fahrradstraßen. Das wäre ein sichtbares Zeichen dafür, dass auch Plochingen die bisherige Privilegierung des motorisierten Individualverkehrs zumindest punktuell zurücknimmt. Überdies können wir die heranwachsende Generation leichter für den Umweltverbund gewinnen als Menschen, die gelernt haben, sich für berufliche Erfolge mit zusätzlichen PS zu belohnen.

Und vielleicht überlegen sich dann ja doch auch Einige aus den gesetzteren Semestern, ob sie innerhalb ihres Wohnorts bei laufender Klimaanlage hinter den Radler:innen herfahren oder an frischer Luft etwas Gutes für ihre Gesundheit *und* das Klima tun wollen.

In Anbetracht der Tatsache, dass in der Hindenburg- und Marquardtstraße mittelfristig Sanierungen im Bereich von Leitungen und Kanalisation anstehen, sind wir zunächst mit einer behelfsmäßigen Umgestaltung einverstanden. Perfektionismus darf nicht zur Strategie werden, um bestimmte Maßnahmen gar nicht umzusetzen.

Zur Gegenfinanzierung schlagen wir nicht verausgabte Mittel aus dem Investitionsbudget Straßenbau vor, ggf. ergänzt durch bisher nicht verausgabte Mittel für den Straßenunterhalt. Das passt thematisch, und da für diese Etatposten in diesem Jahr bisher noch keine konkreten Projekte vorgesehen sind, müsste dafür nicht einmal an anderer Stelle Verzicht geleistet werden.

Schließlich möchten wir von der Stadtverwaltung auch noch wissen, wie sich die im Dezember 2020 einstimmig beschlossene Einführung eines Schattenpreises für CO₂ auf Energieverbrauch und Investitionsvorhaben ausgewirkt hat. Das ist umso wichtiger, als sich laut Ihren Angaben, Herr Buß, die Einstellung eines bzw. einer Klimaschutzbeauftragten beim GVV durch einen Antragsfehler um ein weiteres halbes Jahr verzögern wird. Das ist im Übrigen angesichts der Dramatik der klimapolitischen Herausforderung ausgesprochen misslich und auch ein bisschen peinlich.

In Anbetracht der deutlich reduzierten Liquiditätsreserve haben wir uns auch die Frage gestellt, wo sich bereits eingeplante Mittel einsparen lassen. Aus unserer Sicht macht es, wie wir schon mehrfach betont haben, absolut *keinen* Sinn, zum *jetzigen* Zeitpunkt die Bahnhofstraße zu sanieren. Ja, die Bahnhofstraße ist in keinem guten Zustand. Aber: Es gibt – auch in Plochingen – Schlimmeres. Und eine Sanierung der Bahnhofstraße macht natürlich erst dann Sinn, wenn wir wissen, wo zusätzliche Angebote für den Umweltverbund untergebracht werden können: Leih- und Lastenräder mit und ohne Elektroantrieb, zusätzliche Carsharing-Parkplätze, zusätzliche Lademöglichkeiten und vielleicht auch zusätzliche Buchten für zusätzliche Buslinien.

Lassen Sie mich unsere Stellungnahme abschließend noch einmal zusammenfassen:

Wir sind glücklich, dass Sie *endlich* den Busbahnhof und zusätzliche Buskurse in Angriff nehmen wollen.

Wir stimmen der Bereitstellung von von Mitteln für den Neubau eines Kinderhauses, die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen und den geplanten Bürgerentscheid zum Stadtbad uneingeschränkt zu.

Wir halten es allerdings für falsch, die Bahnhofstraße zum jetzigen Zeitpunkt zu sanieren und setzen uns statt dessen dafür ein, Mittel für Fahrstühle an den Bahnsteigen für die Gleise 3 und 4 sowie 7 und 8 in den Haushalt einzustellen und die Zufahrten zum Unteren Schulzentrum möglichst zeitnah zu vorfahrtsberechtigten Fahrradstraßen umzugestalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!